

Thomas Sauer/Silke Ötsch/Peter Wahl (Hrsg.)

Das Casino schließen!



**Analysen und Alternativen
zum Finanzmarktkapitalismus**

VSA

Reader des
Wissenschaftlichen Beirats von  **attac**

Thomas Sauer/Silke Ötsch/Peter Wahl (Hrsg.)
Das Casino schließen!

Thomas Sauer/Silke Ötsch/Peter Wahl (Hrsg.)

Das Casino schließen!

Analysen und Alternativen
zum Finanzmarktkapitalismus

Reader des Wissenschaftlichen Beirats
von Attac

VSA-Verlag Hamburg

www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelgrafik: Jule Axmann/Attac

Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-338-0

Inhalt

Einleitung	7
-------------------------	---

Ursachen der Finanzmarktkrise: Analysen und Diskurse

Trevor Evans

Die Ursachen der internationalen Finanzkrise	19
---	----

Jörg Huffschmid

Fehlverhalten, Regulierungsmängel oder Systemdynamik?	33
--	----

Zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise

Jürgen Kädtler

Finanzmarktkapitalismus und Finanzmarktrationalität	47
--	----

Kollateralschäden der Finanzmarktkrise

Werner Rügemer

Cross Border Leasing –

ein »strukturiertes Finanzprodukt« mit Staatshaftung	63
---	----

Verursacher und Ursachen der Finanzkrise

Joachim Becker/Karin Küblböck

Die Finanzkrise und die Peripherie	72
---	----

Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus

Peter Wahl

Finanzmarktreform – von oben oder von unten?	87
---	----

Wann, wenn nicht jetzt, kann sich etwas ändern!

Christine Brückner/Thomas Sauer

Bretton Woods II: Alternative der Globalisierungskritik?	101
---	-----

Elmar Altvater

Grün im XXL-Format	119
---------------------------------	-----

Ein »ökologischer Keynesianismus« – Idee und kein Projekt

Chris Methmann Ein Green New Deal als Hebel für gesellschaftliche Veränderung	128
Philipp Hersel Von der nationalen zur globalen Finanzmarktaufsicht?	135
Axel Troost/Nicola Liebert Die Rolle der Steueroasen in der Finanzmarktkrise	149
Andreas Fisahn Mechanismen demokratischer Steuerung der Ökonomie	162
Lydia Krüger Täter, Opfer oder Rettungsanker?	170
Die deutschen Banken und die Finanzmarktkrise	
Dominique Plihon Die Dominanz der Finanzmärkte brechen	183
Karl Georg Zinn Mit mehr Wachstum aus der Krise?	192
Alternativen für eine nachhaltige Wohlstandsentwicklung	
Autorinnen und Autoren	204

Einleitung

»Klimasünder werden zur Kasse gebeten, Finanzmarktregulierungen greifen, globale Strukturen werden neu gestaltet«, war in der »Zeit«-Ausgabe vom 1. Mai 2010 zu lesen. Leider nicht im Original, sondern in einem von Attac gefälschten Plagiat. Etwa zehn Jahre zurück liegt die Asienkrise, die Anlass für die Gründung von Attac, aber nur eine in einer seit den 1970er Jahren verstärkt auftretenden Serie von Krisen war. Der Internationale Währungsfonds (IWF) zählt seit diesem Zeitraum 124 Banken-, 208 Währungs- und 63 Schuldenkrisen. Attac forderte als Konsequenz aus der Asienkrise die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte. Die herrschende Politik hatte aus der Krise nichts gelernt, bezeichnete die Kritiker als Ideologen und betrieb eine Politik, die auf die weitere Deregulierung abzielte, Finanzanlagen förderte und eine Umverteilung von unten nach oben vornahm. Angesichts der Schärfe der aktuellen Krise wird die Kritik von Attac im Großen und Ganzen von Vielen geteilt. Doch welche Konsequenzen werden gegenwärtig aus der Krise gezogen? Haben PolitikerInnen die systemischen Fehler erkannt oder geht es lediglich darum, das Casino wieder funktionstüchtig zu machen?

Aus dem kurzfristigen Krisenmanagement lassen sich verschiedene Schlüsse ziehen. Zunächst wurde das Ausmaß der Krise vollkommen unterschätzt. So hatte gar die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) noch im Sommer 2008 mit dem höchsten Zinssatz ihrer Geschichte für eine Verschärfung der Lage in Europa gesorgt, weil sie fälschlicherweise von günstigen Konjunkturaussichten ausging. Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers musste die EZB ihren Kurs dann korrigieren.

Die große Koalition beschloss im Oktober 2008 kurzfristig, den Rettungsfonds Soffin einzurichten, der den deutschen Bankensektor retten soll, und stattete diesen mit 480 Milliarden Euro Steuergeldern aus. Zwar gibt es wahrscheinlich keine seriöse Alternative zur Rettung systemisch relevanter Banken; bei der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen wurden jedoch häufig Schlupflöcher gelassen, durch die Interessen der Banker und der Aktionäre, Dividenden und Boni bedient wurden, anstatt dass die Mittel vollständig der Rettung und Belebung der Kreditvergabe durch Banken zugutekamen. So wirkt die Auszahlung der Boni an versagende Bankmanager für diejenigen, die die Zeche der Fi-

nanzkrise mit ihren Steuern und ihrer Arbeitslosigkeit zahlen »dürfen«, wie Hohn. Hoch problematisch ist auch, dass über die Vergabe der Mittel ein »Lenkungsausschuss« unter strenger Geheimhaltung entscheidet, bei dem der Bundestag keine Mitsprache und auch keine Informationen darüber hat, was mit den Geldern geschieht.

Selbst nach dem offensichtlichen Versagen der Finanzmarktakteure scheinen Politiker starke Hemmungen zu haben, in die Geschäftspolitik der Banken einzugreifen. Wie *Lydia Krüger* in ihrem Beitrag zur Bankenrettung darstellt, wäre es wesentlich billiger gewesen, die Commerzbank an der Börse zu kaufen und sich auf diese Weise Mitsprache zu verschaffen, anstatt der Bank faule Papiere für einen zu hohen Preis abzukaufen.

Für den Umgang mit »toxischen«, momentan fast wertlosen Papieren werden verschiedene Lösungen diskutiert oder bereits praktiziert, die mehr oder weniger günstig für Steuerzahler und in puncto Mitsprache sind. Die in den USA jüngst angekündigten Maßnahmen zielen darauf ab, das Finanzsystem zu retten, indem die toxischen Papiere durch Risikoübernahme des Staates und Zuschüsse aus dem 700 Milliarden US-Dollar umfassenden Rettungspaket attraktiv gemacht werden und zugleich privaten Investoren (genannt werden vor allem Hedgefonds) über Auktionen zum Kauf angeboten werden. Der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner rechtfertigte dieses Vorgehen mit dem Hinweis, die USA seien nicht Schweden, wo eine Verstaatlichung der Banken verhindert hatte, dass die Rettung einseitig zulasten der Steuerzahler durchgeführt wurde. Joseph Stiglitz zufolge haben die Amerikaner in der ersten Runde der Geldspritzen einen Gegenwert von etwa 67 Cent pro Dollar erhalten, mittlerweile seien es nur noch 25 Cent. Wie Deutschland den Finanzsektor wieder ankurbeln will und wie mit den faulen Papieren umgegangen wird, ist noch nicht entschieden. Diskutiert werden in erster Linie verschiedene Lösungen einer Bad Bank. Unklar ist indessen noch, wie die Papiere bewertet werden, für die es momentan keinen Markt gibt, ob es eine oder mehrere Bad Banks geben soll und inwiefern die Banken in Staatsbesitz überführt werden.

In jüngster Zeit wird immer wieder gefordert, das Problem der faulen Papiere solle durch die Insolvenz der Banken gelöst werden. Nach James Galbraith könnten Banken etwa freitags schließen, um »am Montag darauf« mit neuem Management und neuem Namen wiederzueröffnen, wobei die neuen Verantwortlichen die Bücher prüfen, toxische Papiere von anderen trennen und Abschreibungen auf den Wert der Aktien und nachrangigen Verbindlichkeiten vornehmen sollen. Diese Position ist jedoch sehr umstritten, da befürchtet wird, dass die Ab-

wicklung einer Bank einerseits Panikreaktionen verursachen und andererseits Kettenreaktionen auslösen könnte, da andere Banken, Versicherungen und Pensionsfonds auch von dieser Umgründung betroffen seien. Der Schutz von Gläubigern im Finanzsystem sei sehr wichtig, da Banken vor allem mit geliehenem und nicht mit Eigenkapital wirtschaften. Daher müssen zwar die Banken – auch wenn das ungerecht scheint – gestützt werden. Es sollte aber sichergestellt werden, dass die Profiteure des Systems zahlen, etwa durch eine umverteilende Steuerpolitik oder eine u.a. von Attac geforderte Sonderabgabe auf Vermögen.

Im Vorfeld des Weltfinanzgipfels wurde Europa, insbesondere Deutschland, für mangelnde Anstrengungen zur Ankurbelung der Weltwirtschaft gerügt. Die deutsche Bundesregierung legte bislang zwei Konjunkturprogramme auf. Das erste Programm im Umfang von offiziell rund 50 Milliarden Euro wurde unter dem Namen »Maßnahmenpaket Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung« im November 2008 beschlossen. Es folgte das im Januar 2009 verabschiedete Konjunkturpaket II in der gleichen Höhe. Beide Programme umfassen Maßnahmen wie die Förderung von Unternehmen, Infrastrukturmaßnahmen, die Stärkung der PKW-Nachfrage und Steuersenkungen. Auch wenn Konjunkturpakete grundsätzlich sinnvoll sind, um das Abgleiten in eine Rezession abzumildern, ist der Zuschnitt der Pakete zu kritisieren: einerseits hinsichtlich der Funktion der Konjunkturbelebung, die durch den geringen Anteil direkter öffentlicher Investitionen nicht gewährleistet ist, andererseits wegen der mangelhaften ökologischen Maßnahmen und darüber hinaus aufgrund der sozialen Schieflage. Besserverdienende etwa werden in weitaus größerem Umfang steuerlich entlastet als Kleinverdiener. Ergänzt werden die Konjunkturpakete durch die »Schuldenbremse«, die derzeit ausgearbeitet wird, im Grundgesetz verankert werden und ab 2016 bzw. 2020 gelten soll. Dabei geht es um eine Begrenzung der strukturellen (nicht konjunkturbedingten) Kreditaufnahme auf maximal 0,35% des Bruttoinlandsprodukts; also quasi um eine Verschärfung der Maastricht-Kriterien. Diese Politik steht im krassen Gegensatz zu der US-amerikanischen und der Politik asiatischer Staaten, die wesentlich mehr für Konjunkturmaßnahmen ausgeben.

Aber auch die Wirkung des US-amerikanischen Konjunkturpakets ist trotz des großen Umfangs nicht gesichert. Interessant ist jedoch, dass nun plötzlich der im Vergleich zu den USA große Wohlfahrtsstaat zum Beleg für konjunkturstützenden Aktivismus Kontinentaleuropas angeführt wurde, zum Teil von denselben Regierungen, die den Sozialstaat einstmals unbedingt abbauen wollten. Das ergibt möglicherweise

neue Konstellationen in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die der Krise folgen werden.

Auch die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels in London von Anfang April 2009 sind bei weitem nicht ausreichend. Es wurden Finanzmittel in Höhe von rund 1,1 Billionen US-Dollar zur Aufstockung der Mittel von IWF, Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken zugesagt, wobei die Finanzierung noch nicht geklärt ist. Der IWF soll dahingehend reformiert werden, dass den Schwellenländern ansatzweise mehr Mitsprache eingeräumt wird und dass der Fonds von dem Prinzip der Konditionalität abrückt. Das Financial Stability Forum wird in ein Financial Stability Board (FSB) umgewandelt und soll sämtliche Institutionen des Finanzmarkts, u.a. auch Hedgefonds und Ratingagenturen, überwachen. Unkooperative Staaten, in diesem Fall Steueroasen, sollen auf einer weißen, grauen oder schwarzen Liste erscheinen, die jedoch wesentliche Jurisdiktionen wie die chinesischen Oasen Macao und Hongkong, die Kanalinseln und US-amerikanische wie den Bundesstaat Delaware ausspart. Ausdrücklich wird angesprochen, dass die Mobilität des Kapitals gefördert werden muss. Mit diesen Maßnahmen kann die nächste Krise nicht verhindert werden.

Das zentrale Problem der globalen Ungleichgewichte, vor allem der export- und importzentrierten Staaten, das maßgeblich zum Entstehen der Krise beigetragen hat, wird nur im Zusammenhang mit Konjunkturpaketen angesprochen bzw. indirekt durch Forderungen Chinas nach einer Weltwährung. Eben sowenig wird die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen thematisiert.

Wie *Peter Wahl* aufzeigt, machen auch Politiker und Vertreter von Institutionen Lernprozesse durch und sind im eigenen Interesse gezwungen, das System umzugestalten. Beispielsweise ist der IWF (zumindest verbal, in Einzelfällen aber auch faktisch) von den strikten Vorgaben der Strukturanpassungsprogramme abgerückt. Auch bei der Bekämpfung von Steuerflucht sind Fortschritte zu beobachten.

Themen und Beiträge

In einer Situation wie dieser, in der die Entwicklung an vielen Punkten offen ist, sollte Attac mit Alternativen präsent sein. Dieses Buch mit dem Schwerpunkt auf Alternativen zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte leistet einen Beitrag dazu. Dabei geht es um die Vertiefung, Konkretisierung und Weiterentwicklung von Forderungen von Attac.

Der Sammelband beginnt mit drei Analysen zu den Ursachen der Finanzkrise, die verschiedene krisenrelevante Faktoren unterschiedlich gewichten. *Trevor Evans* geht insbesondere auf die Rolle der Finanzin-

novation und Deregulierung ein sowie auf die Nachfrage der US-KonsumentInnen im System. *Jörg Huffschmid* bezieht sich darüber hinaus auf eine langfristige Tendenz zur strukturellen Überakkumulation und eine Politik der Umverteilung des Volkseinkommens von den Löhnen zu den Gewinnen durch Privatisierung und Deregulierung. Dahingegen liegt das Grundproblem nach *Jürgen Kädtler* in erster Linie in der »Finanzmarktrationalität«, die von der Mehrzahl der ökonomischen Theorien, insbesondere ihren mathematischen Modellen, unterstellt wird, die ökonomische Realität zwar forme, dieser aber nicht gerecht werde und bei der »Wahrnehmung vergleichsweiser banaler Finanzmarktrisiken« versage. Es folgen zwei Texte zu den Auswirkungen des Finanzmarktkapitalismus, die in der Diskussion über Bankenrettung und Konjunktur häufig ausgeblendet werden: *Werner Rügemer* schreibt über die Verwandlung von öffentlichen Gütern in Finanzprodukte durch Cross Border Leasing, während *Joachim Becker* und *Karin Küblböck* die Auswirkungen der Krise auf die Entwicklungsländer analysieren.

Den Rahmen für Alternativen steckt *Dominique Plihon* ab, indem er die wichtigsten Maßnahmen unter den Stichworten »Umverteilung« und »Den Finanzsektor in den Dienst der Gesellschaft stellen« subsummiert – angefangen bei Steuerpolitik bis hin zu einer Aufhebung der Mobilität des Kapitals. *Christine Brückner* und *Thomas Sauer* skizzieren Strukturen, in denen ein anderes globales System entstehen sollte, und zeigen, wie die herrschenden Institutionen der globalen Governance aus wirtschafts- und machtpolitischen Konstellationen aus der Nachkriegszeit hervorgingen und zu einer Doppelstruktur von Bretton-Woods-Institutionen und der UNO führten. Auch bei *Peter Wahl* geht es um den Umgang mit Macht, in diesem Fall der Funktionseliten, und das Spannungsfeld zwischen »Recht haben« und »sich durchsetzen«.

Besonders wichtige Regulierungslücken beleuchten einerseits *Nicola Liebert* und *Axel Troost* in ihrem Beitrag zur Rolle von Steuer- bzw. Regulierungs-oasen in der Krise und andererseits *Philipp Hesel*, der in seinem Text zur Bankenaufsicht das Problem der fehlenden Abgrenzung von Regulierungs- und Aufsichtskompetenzen skizziert und einen Finanzmarkt-TÜV fordert.

Durch die Krise wird es notwendig, abstrakt formulierte Forderungen wie die demokratische Kontrolle von Finanzmärkten und Wirtschaft zu konkretisieren. *Lydia Krüger* beschreibt zum einen das bestehende Bankensystem und die Vorteile des Öffentlichen Sektors und geht zum anderen auf aktuelle Probleme und Chancen bei der Bankenrettung ein. *Andreas Fisahn* widmet sich dem Thema der Wirtschaftsdemokratie und beschreibt, in welchen Formen Partizipation möglich ist.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise tritt die öffentliche Wahrnehmung der ökologischen Krise zu Unrecht in den Hintergrund. Dabei sollte gerade in einer Krise eine einschneidende Umorientierung erfolgen. Ob dieses durch einen Green New Deal geschehen kann, diskutieren *Chris Methmann* und *Elmar Altvater*. Während Altvater Marktmechanismen zur Lösung von ökologischen Problemen für wenig geeignet hält, erachtet Methmann den Green New Deal als einen sinnvollen real umsetzbaren Weg – sofern er sozial und intelligent ökologisch gestaltet ist. Die grundsätzliche Frage nach den Wachstumsmechanismen im Kapitalismus stellt *Karl Georg Zinn*, der ausgehend von kurzfristigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung Keynes' Ausführungen zu Wachstum und Stagnation in entwickelten Ökonomien vorstellt.

Ausblick: Baustellen und offene Fragen

Über die angesprochenen Themenstellungen hinaus haben sich im Zuge der Krise neue Problemfelder aufgetan, mit denen sich die Bewegung bei der Formulierung von Alternativen auseinandersetzen muss und auf die es noch keine definitiven Antworten bzw. klar umrissenen Positionen gibt – die also in der weiteren Diskussion berücksichtigt werden sollten.

Ein zentrales Thema ist das Verhältnis von internationalen Institutionen und dem Nationalstaat. Der Phase der Globalisierung scheint eine der De-Globalisierung zu folgen – eine Rückbesinnung auf die gestaltende Politik der Nationalstaaten. Kommt es zu einer Wiedereinsetzung des Primats der Politik gegenüber einer globalisierten Wirtschaft, etwa durch die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung von Finanzunternehmen und den neuen Möglichkeiten der Einflussnahme? Entstehen neue Möglichkeiten für Wirtschaftsdemokratie bzw. solidarische Ökonomie, die stärker im lokalen oder regionalen Rahmen verankert sind? Oder wird das bestehende System des (Finanzmarkt-)Kapitalismus durch die Regierungen auf Kosten der SteuerzahlerInnen wieder eingesetzt und im Sinne einer Standortpolitik zugunsten des Establishments zum Global Player ausgebaut, wie es *Lydia Krüger* in ihrem Beitrag zum Bankensystem nahelegt?

Während sich internationale Institutionen wie IWF, die G8 und die EU beim Krisenmanagement als wenig handlungsfähig erwiesen haben, nimmt der Nationalstaat durch seine Rolle bei der Banken- und Unternehmensrettung und durch die Konjunkturprogramme eine wichtige Rolle ein. So hat das von den G7 nach der Asienkrise eingesetzte Financial Stability Forum seine Aufgabe nicht erfüllt, Finanzkrisen zu verhindern. Schlimmer: Es hat sie nicht einmal vorausgesagt. Doch be-

deutet dies, dass globale Institutionen ungeeignet sind? In der globalisierungskritischen Bewegung ist umstritten, ob internationale Institutionen per se schwerfällig und/oder tendenziell undemokratischer sind als kleinere Einheiten. Es wird angenommen, dass kleine Einheiten größere Einflussmöglichkeiten der Einzelnen zulassen, verbunden mit mehr Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung – was in bestimmten Fällen indes auch zu einer Abwälzung von Verantwortlichkeit auf die BürgerInnen führen kann. Dem gegenüber steht jedoch die Hoffnung, dass internationale Institutionen die real existierenden Vernetzungen des Weltwirtschafts- und Finanzsystems widerspiegeln und diese Prozesse demokratisieren. Das Problem liege in den fehlenden Kompetenzen globaler politischer Institutionen. Zudem seien global koordinierte Lösungen für die Probleme der Welt notwendig, um einer Politik der nationalstaatlichen Egoismen entgegenzutreten.

Ein gravierendes, aber ungelöstes Problem ist das globale Ungleichgewicht, d.h. die ausgeprägten Handelsbilanzdefizite bzw. -überschüsse, womit u.a. die Gefahr eines Dollar-Crashes verbunden ist. Dass die einseitige Exportorientierung von Staaten wie Deutschland oder den asiatischen Ländern und die Absorption eines großen Teils der Überschüsse durch US-KonsumentInnen langfristig nicht funktionieren können, ist einleuchtend. Jedoch wird dieses Problem auf internationaler Ebene nicht angegangen, abgesehen von Appellen an die chinesische Regierung, ihre Währung aufzuwerten. Die Diskussion über einen sinnvollen Hebel zur Lösung dieser Probleme sollte vertieft werden, denn auch in der Bewegung gibt es unterschiedliche Standpunkte. Diese umfassen u.a. eine global ausgleichende Handels- und Strukturpolitik, ein System der festen Wechselkurse, eine internationale Clearing-Union und eine an einen bestimmten Warenkorb (insbesondere an Arbeitseinheiten) gebundene Weltwährung Globo.

Ein weiterer zentraler von AktivistInnen vieldiskutierter Aspekt ist die »Systemfrage«. Angesichts der Vielzahl wiederkehrender Krisen im Kapitalismus scheint es für einige offensichtlich, dass der Kapitalismus abgeschafft werden soll. Andere verweisen auf die unter ideologischen und machtpolitischen Vorzeichen betriebene Demontage der Regulierungen und sehen in erster Linie eine Krise des Finanzmarktkapitalismus. Die Standpunkte verschwimmen jedoch bei der Frage nach den Alternativen, denn KritikerInnen des Finanzmarktkapitalismus teilen das Ziel, systemische Änderungen durchzusetzen, und überzeugte Kapitalismuskritiker wissen, dass ein kurzfristiger »Systemwechsel« politisch derzeit nicht durchzusetzen ist. In diesem Zusammenhang werden allerdings häufig die Enteignungs-Maßnahmen angesprochen. Die Vor-

stellungen über das anzusteuern System reichen innerhalb von Attac von einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft über Mischsysteme, in denen der Staat eine stärkere steuernde Funktion einnimmt, bis hin zu Modellen der Planwirtschaft.

Eng damit verbunden ist die Frage nach dem systemimmanenten Wachstumszwang, die in den Beiträgen von Altvater, Methmann und Zinn anklingt. Es bestehen verschiedene Auffassungen darüber, ob der vom Kapitalismus ausgehende Anreiz zum Wachstum eher positiv zu betrachten sei, sofern Wachstum breiten Bevölkerungsschichten zugutekommt und einen Anreiz zur (ökologischen) Innovation schafft, oder ob dieses Wachstum zwangsläufig zu mehr Umwelt- und Ressourcenverbrauch führt. Umstritten ist, inwiefern Wachstum in Qualität (z.B. durch eine stärkere Förderung von Dienstleistungen) erfolgen kann.

Ein weiteres Problemfeld ist die Rolle der »Eliten«, insbesondere der »Finanzeliten«. In der Vergangenheit hat sich Attac darauf konzentriert, die Systemlogik der Ökonomie und des Finanzsystems aufzuzeigen. Nun ist das System des Finanzmarktkapitalismus zusammengebrochen, doch die alten Eliten agieren weiter. Auch wenn sie viel Glaubwürdigkeit verloren haben, zeigt sich nun, dass – anders als nach der ersten Weltwirtschaftskrise – die alten »Eliten« ihre Position ausbauen. Andererseits zeigt sich innerhalb der Funktionsebenen die von *Wahl* angesprochene Offenheit angesichts der Krise, neue Wege zu gehen. Wie kann Attac mit diesem Problem umgehen?

Krise und Aufbruch

Der vorliegende Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland konnte zustande kommen vor allem aufgrund der schnellen Bereitschaft von 17 Attac Deutschland, Österreich und Frankreich verbundenen Autorinnen und Autoren, einen Beitrag zu schreiben und aufgrund des Entschlusses des Hamburger VSA-Verlags, diesen Sammelband schnellstmöglich zu veröffentlichen. Die HerausgeberInnen möchten sich dafür und für die produktive Zusammenarbeit bei der Entstehung dieses Sammelbandes bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken. Danken möchten wir insbesondere Christine Brückner, Phillip Hesel und Lydia Krüger, die bei einer erweiterten Redaktionskonferenz in Weimar zur Stelle waren und überdies durch viele kritische Anmerkungen und kluge Ideen das Projekt mit Rat und Tat unterstützt haben.

Uns ist klar, dass wir erst am Anfang einer Debatte über die besten Auswege aus der Krise und die besten Ansätze zur Transformation des Wirtschafts- und Finanzsystems stehen. Daher sind der vorliegende

Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland und die darin vorgeschlagenen Ansatzpunkte als »work in progress« zu begreifen – allerdings im doppelten Sinne: Die hier vorgeschlagenen Alternativen bedürfen noch weiterer intensiver Debatten, sie sind aber durch ein Ziel geeint: nämlich nach Jahren des neoliberalen Rückschritts dem Fortschritt gesellschaftlicher Verhältnisse zu dienen.

Autorinnen und Autoren

Elmar Altvater, Professor i.R. für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Joachim Becker, a.o. Univ. Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Schwerpunkte u.a. Lateinamerika und Mittel- und Osteuropa, Redakteur der Zeitschrift Kurswechsel.

Christine Brückner, Professorin für Erziehungswissenschaften an der Hochschule München, Vorstand von e4globe, European Institute for Globalisation Research, Berlin/Weimar und Mitglied von Attac Weimar.

Trevor Evans arbeitete mehrere Jahre am Coordinadora Regional de Investigaciones Economicas y Sociales in Managua, Nicaragua. Momentan ist er Professor für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und ein aktives Mitglied des Netzwerks für European Economists for Alternative Economic Policies in Europe (Europamemorandum-Gruppe).

Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld, letzte Monografie: Herrschaft im Wandel, Köln 2008. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Philipp Hersel, Polit-Ökonom, studierte in Berlin und Sussex und arbeitet zu Fragen der Entwicklungsökonomie im internationalen Finanzsystem, von 2000-2005 Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac.

Jörg Huffschmid, Professor em. für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Jürgen Kädtler, Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen.

Lydia Krüger, Soziologin und Politologin, promovierte zum Thema Finanzkrisen in Schwellenländern, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht.

Karin Küblböck, Ökonomin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Österreichischen Forschungstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE), Lehr-

- beauftragte an der Universität Wien, Mitbegründerin und mehrere Jahre Obfrau von Attac Österreich.
- Nicola Liebert*, freie Wirtschaftsjournalistin in Berlin. Sie befasst sich seit Jahren mit dem Thema Steuern und ist aktiv im Netzwerk für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network).
- Chris Methmann*, Politikwissenschaftler, promoviert an der Uni Hamburg über Klima und Wirtschaftspolitik. Mitglied des Attac-Koordinierungskreises.
- Silke Ötsch*, Mitglied der AG Finanzmärkte und Steuern und des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland und Lehrbeauftragte an der Universität Innsbruck.
- Dominique Plihon*, Professor für Finanzökonomie an der Universität Paris XIII, Berater des französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin, Präsident des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich.
- Werner Rügemer*, promovierter Philosoph, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Köln, Vorsitzender von Business Crime Control (BCC), neueste Monografie: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum – Public Private Partnership. Anatomie eines globalen Finanzinstruments, Bielefeld 2008.
- Thomas Sauer*, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Jena, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Vorstand von e4globe, European Institute for Globalisation Research, Berlin/Weimar. Mit Lena Vogel und Stefanie Bahr: The autonomy of national policy in a globalised world: the experience in the Scandinavian EU countries Denmark, Finland and Sweden. IMK Studies, Nr. 06/2007, Düsseldorf 2007.
- Axel Troost*, Bundestagsabgeordneter und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE sowie Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.
- Peter Wahl*, Sozialwissenschaftler, Leiter der Abteilung Finanzmärkte WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Mitbegründer von Attac Deutschland. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.
- Karl Georg Zinn*, em. Hochschullehrer der Volkswirtschaftslehre (Makroökonomie) der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen; jüngste Buchveröffentlichungen: Die Keynesche Alternative, 2008; Wie Reichtum Armut schafft, 4. Auflage, 2006.